



WILLY BUSCHAK:  
ARBEIT IM KLEINSTEN  
ZIRKEL. GEWERKSCHAFTEN  
IM WIDERSTAND GEGEN DEN  
NATIONALSOZIALISMUS

Klartext Verlag,  
Essen 2015

ISBN 978-3-8375-1206-9  
462 Seiten, 39,95 €

Die Geschichte des gewerkschaftlichen Widerstandes gegen die nationalsozialistische Herrschaft bis in den Zweiten Weltkrieg hinein und bis zum Ende dieser Herrschaft gewinnt in Willy Buschaks Studie klare Konturen, und das ist für ihre Untersuchung unerlässlich, denn oft geht sie unter im allgemeinen Widerstand der politischen Parteien, aus Reichswehr und nationalkonservativen Kreisen.

Buschak übernimmt den Titel des Buches einem Zitat der Zeitschrift „Faschismus“ der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF). Dort wird die Arbeitsweise der illegalen Vertrauensleute unter Binnenschiffen und Seeleuten beschrieben: „Arbeit im kleinsten Zirkel von Mann zu Mann. Jeder hat im Stromgebiet eine Masse von Bekannten, die antifaschistisch eingestellt sind. Diese werden bearbeitet. Wir lassen die Nationalsozialisten links liegen und vermeiden dadurch eine große Gefahr“ (Ausgabe vom 17.03.1936). Mit der Wahl des Titels stellt sich der Autor der Auffassung entgegen, eine „Reichsleitung der Gewerkschaften“ in Berlin habe den gesamten gewerkschaftlichen Widerstand koordiniert. Die zeitgemäße Wortwahl „von Mann zu Mann“ ist nicht zufällig. Häufig waren die Widerstandskämpfer männlich, einige herausragende Frauen (teils zusammen mit ihren Männern) leisteten aber auch ihren entscheidenden Beitrag.

Das Buch macht deutlich, dass von einem einheitlichen Vorgehen der Gewerkschaften nicht die Rede sein konnte. Die Reaktionsmuster reichen von Ergebnisadressen über Anpassung, passives Tolerieren, spontanes Reagieren bis hin zu vereinzelt dezentralen Widerstand. Dem 1. Mai 1933 war ein Aufruf zur Teilnahme an der nationalsozialistischen Maifeier in der „Gewerkschaftszeitung“ des ADGB (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund) vorausgegangen (vom 21.04.1933). Es wurde begrüßt, dass die neue Regierung den 1. Mai zum nationalen Feiertag, dem „Tag der Arbeit“ gemacht hatte und deshalb seien die Mitglieder der Gewerkschaften aufgerufen, in dem vollen Bewusstsein ihrer Pionierdienste für den Maigedanken, für die Mehrung der schaffenden Arbeit und für die vollberechtigte Eingliederung der Arbeiterschaft in den Staat „sich allerorts in der von der Regierung veranlassenen Feier festlich zu beteiligen“ (Gewerkschafts-Zeitung vom 22.04.1933, S. 241). Die Vorstandsmitglieder des Gesamtverbandes Christlicher Gewerkschaften saßen auf dem Tribünenplatz des Tempelhofer Feldes in Berlin, wo die größte Maikundgebung des Regimes stattfand. Bei den Mitgliedern kam der Aufruf der Gewerkschaften zur Beteiligung an der nationalsozialistischen Maifeier nicht gut an. In Volkshäusern und Gewerkschaftsschulen kam es zu spontanen, selbst organisierten Zusammenkünften. Einzigartig war die Maifeier, die kommunistische Gewerkschafter am 1. Mai in Chemnitz abhielten. Wie in einem Flashmob sammelten sich die Arbeiter in den Seitenstraßen des Leipziger Platzes und strömten kurz vor 10 Uhr auf diesen. Gegen die Haltung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) organisierte so die Revolutionäre

Gewerkschafts-Opposition (RGO) einen „Internationalen“ 1. Mai.

Am 02. Mai drangen schwer bewaffnete SA-Männer, angeführt von Robert Ley – dem späteren Leiter der „Deutschen Arbeitsfront“ – in das Haus des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB)-Bundesvorstandes ein. Die herbeigerufene Schutzpolizei erschien zwar, machte aber gleich wieder kehrt, als sie die SA-Männer sah. Nach dem Vorbild wurden alle Gewerkschaftshäuser, Wochen später auch die der Christlichen Gewerkschaften, besetzt. Ebenso die „Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften“ von Mal zu Mal und ihre Gewerkschaftshäuser. Auch sie blieben nicht verschont.

Die besetzten Gewerkschaftshäuser wurden meist von der Deutschen Arbeitsfront (DAF) übernommen.

Mit Bestürzung, Entsetzen oder Unglauben wurden die deutschen Ereignisse in der internationalen Gewerkschaftsbewegung registriert. Auf der Vorstandssitzung des internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) vom 16. – 18.02.1933 in Berlin wurde teils heimlich in den Sitzungspausen, teils in den Sitzungen selbst versucht, die deutschen und internationalen Gewerkschaftsorganisationen zu einer entschiedenen Aktion gegen die sich installierende nationalsozialistische Diktatur zu bewegen. Theodor Leipart, der ADGB-Vorsitzende, winkte aber ab. Er warnte vor einem Generalstreik, der nur zum Bürgerkrieg führen könne. Ob ein solcher Generalstreik Aussichten auf Erfolg gehabt hätte, ist für Buschak eine offene Frage. Die freie gewerkschaftliche Arbeiterbewegung und die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) waren auf gewaltsame Auseinandersetzungen mit der SA eingestellt. Die KPD reagierte lokal unterschiedlich und war in einigen Bezirken noch auf den „Hauptfeind Sozialfaschismus“ orientiert, es gab aber auch Ansätze zur einheitlichen Aktion. Nur in Wuppertal kam es zu einer auch über längere Zeit stabilen Zusammenarbeit zwischen freien und kommunistischen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern. Ende 1934 bis Anfang 1935 existierten im Wuppertaler Raum 61 Gewerkschaftsgruppen. Zwei illegale Zeitungen wurden verbreitet. Die Gruppen hatten bis zu 400 Mitglieder. Ab Januar 1935 wurden dann etwa 1.200 Wuppertaler verhaftet und 600 von ihnen in sogenannten „Wuppertaler Gewerkschaftsprozessen“ inhaftiert und schikaniert.

Die Angestellten der Gewerkschaften, damals „Beamte“ genannt, gehörten nach Buschaks Untersuchungen nicht zu den Hauptakteuren des Widerstandes. Sie trachteten nach Überlebensstrategien. Viele konnten sich aus der Arbeitslosigkeit heraus durch Eröffnung kleinerer Geschäfte eine ökonomische Existenz sichern. Der Zentrumspolitiker und Landesgeschäftsführer der christlichen Gewerkschaften im Rheinland, Jakob Kaiser, der zuvor dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt und damit den Nationalsozialisten den Weg gebahnt hatte, verhandelte für die Christlichen Gewerkschaften mit der Deutschen Arbeitsfront (DAF) und erreichte nach sieben Jahren für einige Gewerkschaftsangestellte Mini-Monatsrenten.

Der Essener Polizeipräsident stellte 1934 fest, dass die früheren Gewerkschaftsangestellten „die Entwicklung der Dinge vorläufig [...] abwarten“ und hoffen, „dass eines Tages die Deutsche Arbeitsfront zusammenbrechen wird.“

Eine Reihe von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern ging ins Exil. Einige prominente und weniger prominente hauptamtliche Gewerkschafter liefen zur Nationalsozialistischen Partei Deutschlands (NSDAP) über.

Für die Folgejahre dokumentiert Buschak gründlich die Widerstandsaktionen zahlreicher Berufsgruppen und politischer Richtungen. Die Verbindungsnetze, die Herausgabe von Zeitungen wurden detailliert beschrieben und gut dokumentiert. Bruchstückhaft anhand von Einzelschicksalen sind auch Widerstandsaktionen von Branchen- und Angestelltengewerkschaften dokumentiert.

Ein besonderes Kapitel ist den Kreisen von Wilhelm Leuschner, dem ehemaligen sozialdemokratischen Innenminister von Hessen und Vorstandsmitglied des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und dem schon erwähnten Jakob Kaiser gewidmet. Beide hatten Verbindungsmenschen in verschiedenen deutschen Städten. Beide dachten vor allem an den Neubeginn nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur. Im Cafe Kranzler in Berlin vereinbarten sie per Handschlag, dass die künftige neue Gewerkschaft eine Einheitsgewerkschaft über politische Grenzen hinweg sein solle. Leuschner und Kaiser entwickelten in jahrelangen Diskussionen das Modell einer „Deutschen Gewerkschaft“ mit Zwangsmitgliedschaft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über 18 Jahre und mit der Übernahme des organisatorischen Apparates der Deutschen Arbeitsfront. Buschak fand keine Hinweise darauf, wie man sich den näheren Aufbau der „Deutschen Gewerkschaft“ gedacht hatte, ob die Mitgliedschaft bei den Industriegewerkschaften oder direkt bei der „Deutschen Gewerkschaft“ stattfinden sollte, ob die Mitgliedsbeiträge direkt an den Dachverband abgeführt werden, ob das Berufsprinzip oder Branchenprinzip gelten solle. Sozialversicherung und Arbeitslosenversicherung sollten nach den Vorstellungen von Leuschner und Kaiser ebenfalls von der Gewerkschaft verwaltet werden. Zumindest Leuschner hatte zeitweise die Vorstellung, der Gewerkschaft in der künftigen staatlichen Ordnung eine ausschlaggebende Stellung zu verschaffen und auf die Bildung politischer Parteien zu verzichten. Bis zu Beginn des Zweiten Weltkrieges hielten Leuschner und Kaiser zum national-konservativen Widerstand Kontakt, vor allem zu Reichswehr und Marine. Leuschner und Kaiser kamen am Tag des Attentates auf Adolf Hitler, am 20. Juli 1944, zusammen. Wilhelm Leuschner wurde am 05.09.1944 vor dem Volksgerichtshof angeklagt und in einem Schauprozess von dessen berühmten Präsidenten Roland Freisler zum Tode verurteilt und schließlich am 29.09.1944 in Berlin-Plötzensee erhängt. Jakob Kaiser konnte sich in Berlin und Babelsberg verbergen.

Im Schlusswort untersucht Buschak kurz die Stellung der Gewerkschaften zu Judenverfolgung und -vernichtung und Zwangsarbeit.

Haben die Gewerkschaften widerstandlos vor dem Aufstieg der nationalsozialistischen Diktatur kapituliert? Haben sie etwa gar keine andere Wahl gehabt, als sich anzupassen? Buschaks Fazit ist vielschichtiger. Die Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften – so der Autor – schrumpften bis März 1933 zusammen, aber Handlungsmöglichkeiten hatte es durchaus gegeben. In den Schubladen hatte der Bundesvorstand des AGDB jene für einen Generalstreik im Falle eines „Marsches auf Berlin“ der NSDAP. Dieser fand jedoch nie statt, denn die Macht wurde den Nationalsozialisten übertragen, sie mussten sie nicht an sich reißen. Das strategische Kalkül der Gewerkschaften lautete, die Funktion der sozialen Interessenvertretung so lange zu erhalten, wie dies nur möglich ist. Nur damit befand man sich bereits auf der schiefen Ebene, die die Gewerkschaften dann tatsächlich in die „kampflose Kapitulation“ rutschen ließ, so Buschak. Unter den Mitgliedern der Gewerkschaft gab es eine große Kampfbereitschaft. Ob diese Kampfbereitschaft jedoch ausgereicht hätte, den Nationalsozialisten den Zugang zur Macht zu versperren oder gar sie wieder von der Macht zu vertreiben – so Buschak – wird sich wahrscheinlich nie mehr schlüssig beantworten lassen. ■

MANFRED BOBKE-VON CAMEN, Köln